

Presseinformation

„Wir lehnen eine Vermögensbesteuerung ab, denn damit würde einerseits bereits versteuertes Vermögen nochmals besteuert. Eine solche „Reichensteuer“ würde gerade mittlere Unternehmen stark belasten. Darüber hinaus würde mit einer solchen Maßnahme der ohnehin angeschlagenen Wirtschaft nochmals Geld entzogen“, betont der Präsident des Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbundes, Dr. Friedrich Noszek.

(Wien, 22. 4. 2009) Der ehemalig Finanzminister Ferdinand Lacina hat die Vermögensbesteuerung mit gutem Grund abgeschafft, denn damit wurde Österreich als Wirtschaftsstandort überaus attraktiv. „Die aktuelle Diskussion um die Vermögenssteuer scheint eher politisch, denn sachlich motiviert. Eine derartige Steuer wäre eine Strafsteuer für viele kleine und mittlere Unternehmen und Wirtschaftssektoren. Das würde den Wirtschaftsstandort Österreich wieder weniger attraktiv machen und die aktuelle Krise weiter verschärfen“, erklärt Noszek.

Hausbesitzer: Investitionen kommen zum Stillstand

Betroffen wären nach derzeitigem Stand der Diskussion auch ganz wesentlich die Hausbesitzer; sie würden massiv belastet. „Für Zinshausbesitzer, die ohnedies durch geringe Einnahmen nur mühsam die Erhaltung der Substanz bewerkstelligen können, würde eine weitere finanzielle Belastung bedeuten, dass die Bewirtschaftung der Häuser nur erschwert möglich ist. Die Einnahmen müssten, statt zur Renovierung, zur Steuerleistung verwendet werden. Notwendige Investitionen könnten nicht getätigt werden. Die Konsequenz wäre, dass der Hausbestand leidet und der Wohnstandard nicht in der bisherigen Form aufrecht erhalten werden kann. Darüber hinaus würde es sich äußerst negativ auf die ohnehin angeschlagene Konjunktur auswirken, wenn die Investitionstätigkeit der Hauseigentümer reduziert würde“, erklärt Noszek.

Mehrfachbesteuerung vernichtet Ersparnisse

Gleichzeitig gibt Noszek zu bedenken, dass eine Vermögenssteuer eine Besteuerung von bereits versteuertem Geld darstellt. „Wenn sich jemand mit seinen Ersparnissen ein Haus kauft, so hat er dieses Kapital bereits im Rahmen seiner Einkünfte versteuert. Wie oft sollen diese Ersparnisse noch versteuert werden? Soll diese Spirale immer weiter gehen, bis sämtliches Vermögen von dieser Steuer aufgefressen wird?“, stellt Noszek als Frage an die Befürworter der Vermögensbesteuerung. Bei Immobilienvermögen müsste dieses wiederholte Absahnen des Staates letztlich bedeuten, dass Häuser unter Umständen verkauft werden müssten, um die Steuerleistungen dafür zu bezahlen. Vom Immobilienvermögen kann schließlich nichts „abgeschnitten“ werden.

„Damit würden Hausbesitz und Ersparnisse in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung erheblich gemindert. Konsequenterweise durchgezogen, betrifft eine Vermögensbesteuerung auch die dritte Säule der Altersvorsorge, nämlich die private Pensionsvorsorge. Ich glaube nicht, dass die heutigen Befürworter einer Vermögensbesteuerung die Pensionen kommender Generationen - abseits vielleicht einer Mindestsicherung - staatlich garantieren können. Offensichtlich ist es vielen Politikern gar nicht bewusst, dass die Vermietung von Wohnungen für viele Personen als Zusatzpension gedacht ist“, gibt Noszek zu bedenken.

„Egal ob Ideologie oder kurzfristiges politisches Kalkül: Die Besteuerung von Vermögen ist kontraproduktiv. Wir lehnen daher die Vermögenssteuer ausdrücklich ab“, betont Noszek.

Rückfragen:

Dr. Friedrich Noszek 0676/303 91 15